

Das Unsoziale am Sozialen

Gerechtigkeit!

Das ist das Schlagwort, mit dem Politik gemacht und gerechtfertigt wird.

Aber wer darunter den „gerechten Anteil“ der Armen am Vermögen der Begüterten versteht, nährt eine gefährliche Illusion

VON MARTIN RHONHEIMER

Gemäß klassischer Ethik ist die Gerechtigkeit die Tugend, die das Zusammenleben der Menschen regelt: die zwischenmenschlichen Tauschhandlungen, die Verteilung von Lasten und Hilfen in einer Gemeinschaft und die Beziehungen des Einzelnen zu ihr. Gerechtigkeit ist also – ihrem Wesen nach – sozial. Wer hingegen von „sozialer“ Gerechtigkeit spricht, meint in Wirklichkeit etwas anderes als Gerechtigkeit.

Der Ökonom und Sozialphilosoph Friedrich August von Hayek bezeichnete deshalb den Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ als ein Wieselwort: das Attribut „sozial“, so seine Kritik, sauge den Gehalt der „Gerechtigkeit“ gleichsam auf. Was übrig bleibt, ist nicht Gerechtigkeit, sondern der Appell an das „Soziale“. Dieses wird mehr oder weniger willkürlich mit Vorstellungen von wünschenswerten Zuständen angefüllt, mit entsprechenden Postulaten verbunden und als Forderung der Gerechtigkeit ausgegeben. Eine Begründung, inwiefern diese Forderungen ausgerechnet solche der Gerechtigkeit sein sollen, meint man sich ersparen zu können – Hauptsache, sie sind sozial.

An die Stelle von Begründungen tritt das Spiel mit Emotionen. Im Namen des naturgemäß diffusen Begriffs der sozialen Gerechtigkeit kann jeder sozial unerwünschte oder irgendeine gesellschaftliche Gruppe benachteiligende Zustand, jede Form von Ungleichheit oder Ungleichverteilung als „ungerecht“ brandmarken und daraus die Forderung nach politischer – sprich: staatlich erzwingener – Abhilfe abgeleitet werden. Dem Staat obliegt ja die Pflege der Gerechtigkeit; diese ist eine seiner ureigensten Aufgaben.

Wo es Ungerechtigkeit gibt, muss es auch einen Verursacher geben. Dieser Annahme gemäß geht die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit in der Regel einher mit der Identifizierung der Übeltäter, die für die Behebung der Ungerechtigkeit buchstäblich zur Kasse zu bitten sind: die Vermögenden und die Reichen, diejenigen, die bevorteilt erscheinen – sei es durch Geburt oder eigenen beruflichen Erfolg, mittels Erbschaften oder vorhandener Talente. Solches auszugleichen, damit alle die gleichen Chancen hätten, wird als Forderung der Gerechtigkeit postuliert.

Gerechte Chancen wären wichtiger, aber da es die nicht gibt, geht es ums Geld

Damit wollen die Missionare der sozialen Gerechtigkeit mit den Mitteln staatlicher Zwangsgewalt aber etwas korrigieren, wofür der Staat gar keine Zuständigkeit besitzen kann. Im Namen der Gerechtigkeit mit Gesetzeszwang jemandem sein rechtmäßiges Eigentum wegnehmen, um damit andere besserzustellen, ist Unrecht. Mit der Sozialpflichtigkeit des Eigentums ist das nicht zu rechtfertigen, denn diese ist keine Einschränkung von Eigentumsrechten aufgrund der Tatsache, dass andere weniger Güter und Chancen haben. Wird das missachtet, trifft – selbst wenn alles nach Gesetz verläuft – das bekannte Wort des Augustinus zu: „Was anders sind Staaten, wenn ihnen Gerechtigkeit fehlt, als große Räuberbanden?“

Um das Unrecht zu kaschieren, macht der Ruf nach immer mehr sozialer Gerechtigkeit den Reichen aufgrund der bloßen Tatsache seines Reichseins zum Schuldigen. Die Forderung nach „sozialer Gerechtigkeit“ wird zur Forderung, den Reichen so hohe Steuern aufzuerlegen, dass weniger Begüterte einen „gerechten Anteil“ sowie gleiche Chancen erhalten. Das ist aber ein frommer Wunsch, der zu immer neuen Forderungen führen muss. Denn Chancen werden nie gleich sein. Realistisch und wichtig ist es vielmehr, durch die Schaffung allgemeinen Wohlstands den Lebensstandard, Freiheitsspielräume und ganz besonders Bildungschancen für immer mehr Menschen ständig zu verbessern.

Genau das aber wird durch immer neue Forderungen nach „mehr sozialer Gerechtigkeit“ verhindert. Dass die Reichen einer Gesellschaft zugleich die Produktiveren und gerade deshalb reich sein könnten, weil sie im wirtschaftlichen Wertschöpfungsprozess eine hervorragende Rolle spielen, wird nämlich von den Rufnern nach mehr sozialer Gerechtigkeit ausgeklammert. Ebenso die Tatsache, dass es Reichtum und unternehmerischer Erfolg sind, die Abertausende, ja, Mil-

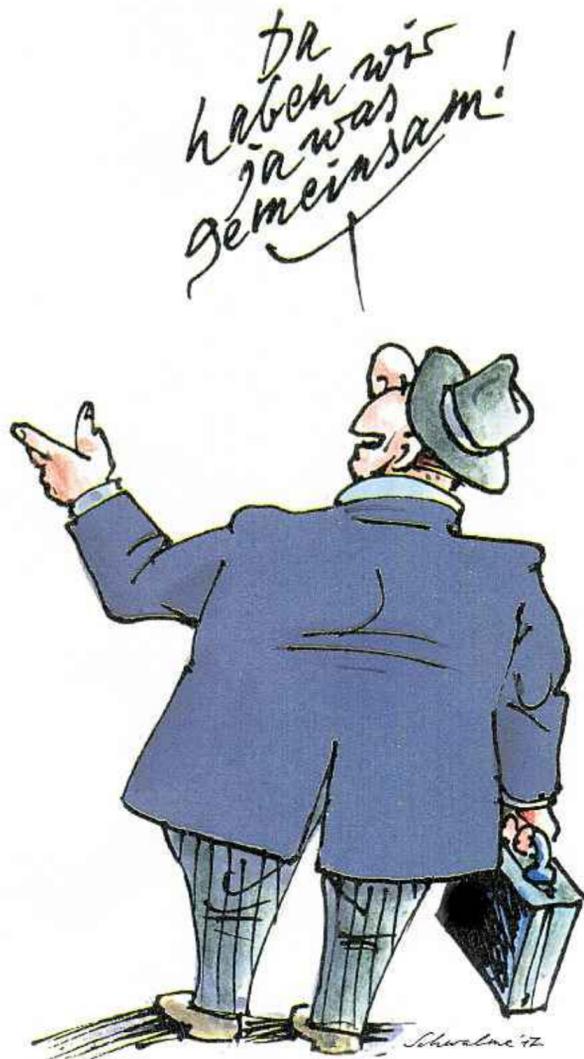
lionen von Menschen in Lohn und Brot bringen und ihnen den Genuss eines Lebensstandards wie auch Chancen ermöglichen, die anderswo gar nicht vorhanden wären. Deshalb kann eine besonders hohe Besteuerung dieser Reichen keineswegs eine Forderung der Gerechtigkeit sein.

Viel vom so gern skandalisierten Reichtum ist investiert – auch im Sinne der Allgemeinheit

Denn die Vermögenden – die Kapitaleigentümer – tragen zwar zur Ungleichheit bei, sind aber jene, die Produktivitätswachstum und damit einen stetig höheren Lebensstandard aller ermöglichen.

Zum vielgeschmähten reichsten Prozent gehören gerade diejenigen, die unseren Wohlstand er-

zeugen: (Mit-)Eigentümer innovativer Unternehmen, die auf globalen Märkten mit enormen Gewinnen operieren und zugleich gewaltige globale Wohlstandeffekte generieren. In dem Maße, wie sie in den entwickelten Ländern durchaus die Einkommens- und Vermögensungleichheit vergrößern, haben sie durch die Schaffung eines globalen Mittelstandes in den letzten Jahrzehnten sukzessive den Abstand zwischen armen und reichen Ländern verringert. Großvermögen sind in einer globalisierten kapitalistischen Marktwirtschaft in der Regel nichts anderes als der statistische Niederschlag global besonders erfolgreicher Innovations- und Wohlstandsmotoren. Allerdings handelt es sich bei diesen riesigen Kapitalien immer auch um Börsenbewertungen, also bloße Erwartungen. Diese können sich jederzeit verändern. Anteile an Unternehmen, deren Produkte nicht den Präferenzen und Wünschen der Konsumenten entsprechen, ungenügend Absatz finden und damit auch keinen Wohlstand bringen, haben weder einen Börsenwert noch kann man reich werden damit. Das berüchtigte Top-1-Promille



Karikatur: Reiner Schwalme

der Meistverdienenden ist zudem ein äußerst volatiler Klub. Nicht immer die gleichen Personen gehören ihm an, im Gegenteil. Dort gibt es ein ständiges Auf und Ab.

In einer kapitalistischen Marktwirtschaft kann auf anständige Weise reich nur werden – und bleiben –, wer auch andere reicher macht. Das gilt auch für jene, deren Reichtum erbt und nicht auf eigener Leistung beruht. Der große, so ungleich verteilte Reichtum, den viele als Skandal erachten, ist investiert, sodass die Allgemeinheit profitiert: indem er Arbeitsplätze schafft, Produktivitätssteigerung und damit zugleich den Wohlstand von morgen, global und für alle. Die Reichen zum Zwecke der Umverteilung vermehrt zur Kasse zu bitten, ist unverantwortlich und nur allzu oft vom Neid getriebener Populismus.

Freilich gibt es Ungerechtigkeiten, die in einem besonderen Sinne unsozial genannt werden können, weil sie nämlich das Grundgefüge der Gesellschaft betreffen und sich dann gleichsam durch den Transmissionsriemen des freien Marktes fortpflanzen. Gesetzliche Diskriminierungen, beispielsweise, aufgrund von Hautfarbe, Geschlecht, Religion und so weiter oder andere Arten der Ungleichheit vor dem Gesetz. Demnach finden sich (soziale) Gerechtigkeit und (soziale) Ungerechtigkeit, wenn schon, auf der Ebene der Rechtsordnung. Die meisten (sozialen) Ungerechtigkeiten werden jedoch von der Politik verursacht – und zwar oft im Namen der sozialen Gerechtigkeit.

Die niedrigen Zinsen schaden vor allem den kleinen Leuten. Und die Politik? Lässt das zu

Eine besonders fragwürdige Rolle spielen dabei die Geldpolitik und die Sozialgesetzgebung. So war die Finanzkrise von 2008 ein Werk von Politik und Gesetzgebung, welche – aus sozialen Gründen und mit Staatsgarantie – Banken zu unverantwortlicher Hypothekengeldvergabe antrieben oder sogar verpflichteten und den Finanzmärkten perverse Anreize gaben. Die gegenwärtige Zentralbankpolitik des billigen Geldes – als Therapie für die Folgen der Finanzkrise bezeichnet – bevorteilt ungerechterweise diejenigen, die den Quellen der Geldschöpfung am nächsten stehen sowie die Vermögenden, die in Aktien und Immobilien investieren können. Sie werden (zumindest auf dem Papier) immer reicher, während der „Normalsparer“ das Nachsehen hat. Das bewirkt eine Umverteilung von unten nach oben: eine schreiende (soziale) Ungerechtigkeit, die nicht der freie Markt, sondern Politik und Gesetzgebung verursacht haben.

(Sozial) Ungerecht sind die wachsende und überbordende Staatsverschuldung sowie der ständig weitergetriebene Ausbau des – letztlich ebenfalls schuldenfinanzierten – Sozialstaates. Den eigenen Lebensstandard auf Kosten der nachfolgenden Generationen zu finanzieren, ist (sozial) ungerecht und zugleich unsolidarisch. Dass auch Kirchenvertreter in den Chor derjenigen einstimmen, die im Namen sozialer Gerechtigkeit einer solchen Politik das Wort reden, macht diese nicht weniger unsolidarisch und weniger ungerecht.

Kurz: Im Namen der sozialen Gerechtigkeit wird eine Politik angepriesen, die in Wirklichkeit den allgemeinen Wohlstand untergräbt, Innovation und Wachstum schwächt, Reallohnsteigerungen verunmöglicht und die kommenden Generationen belastet. Gerade in Deutschland basiert sie auf der Illusion, man könne sich alles leisten, es brauche nur den politischen Willen dazu.

Indes, Deutschland befindet sich in einer kritischen Lage: Die brummende Wirtschaft ist ein Scheinboom, erzeugt durch die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank und den schwachen Euro. Experten warnen vor dem Doping. Der kommende Absturz ist so gut wie sicher – und wird die wenigsten Begüterten am empfindlichsten treffen. Notwendig wäre nicht eine oberflächlich den Konsum ankurbelnde und Besitzstände verteidigende Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, sondern eine, die Wachstum fördert und Innovation. Dafür brauchen wir die Reichen, die Kapitalisten, die Unternehmer, viele von ihnen klein beginnend, aber, wenn sie erfolgreich sind, zu Reichtum gelangend. Sie alle zusammen ermöglichen mehr „soziale Gerechtigkeit“ – nämlich Wohlstand für alle – als die hohlen Versprechungen von Politikern, die vor allem eins im Sinn haben: bei ihrer Klientel zu punkten und die nächsten Wahlen zu gewinnen.



Martin Rhonheimer ist Professor für Ethik und politische Philosophie an der Päpstlichen Universität Santa Croce, Rom, und Gründungspräsident des Austrian Institute of Economics and Social Philosophy in Wien, wo er lebt.

Wenn Staaten Freunde sein wollen

Zum „Internationalen Tag der Freundschaft“

VON MAX THOLL

Ein New Yorker Gebäude mit hellblau schimmernder Fassade, 39 Geschosse hoch, beherbergt die Welt. 1952 auf dem Gelände eines am East River gelegenen Schlachthofs erbaut, sollte im UN-Hauptquartier jenes von Menschenhand durchgeführte Schlachten in Zukunft verhindert werden, das die Welt Jahre zuvor ins Verderben gestürzt hatte. Es war, nach dem Scheitern des Völkerbundes, nicht nur der Versuch, eine Weltregierung auf die Beine zu stellen, sondern auch die Freundschaft zwischen den Ländern zu zementieren und ein Stück weit zu forcieren.

Zwei aufeinanderfolgende Weltkriege hatten gezeigt, dass Freundschaft eine menschliche, aber nicht zwingend staatliche Beziehungsform ist. Vor 1945 gab es nicht viele Freunde auf dem Parkett der Weltpolitik. Es gab nur Feinde und Verbündete. Wie der französische Staatsmann Charles de Gaulle später konstatierte: Staaten haben keine Freunde, sie haben Interessen. Gilt seine Aussage immer noch? Am heutigen „Internationalen Tag der Freundschaft“, von eben den Vereinten Nationen am 28. April 2011 ins Leben gerufen, drängt sich die Frage auf. Der Großteil der Welt ist seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs von Konflikten solchen Ausmaßes verschont geblieben, und zur Maxime der Weltpolitik ist das Bestreben nach Frieden avanciert, nach guter Nachbarschaft, nach Freundschaft.

Das kann aber freilich nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass auch heute die zwischenstaatliche Freundschaft bei den eigenen Interessen endet. Das hat das jüngste große Klassentreffen der Staatsoberhäupter, der G-20-Gipfel in Hamburg, unterstrichen, wo allen gemeinsamen Ansinnen zum Trotz zwischen vielen der Beteiligten Zwistigkeiten und Animositäten zum Vorschein kamen.

Kann es so etwas wie Freundschaft zwischen Staaten überhaupt geben?

Schließlich muss diese deutlich stressresistenter sein als die zwischenmenschliche. Sie fußt zwar auf jahrhundertalter gemeinsamer Geschichte, aber auch sich ständig verschiebenden Interessen und dem Wechselkarussell der Staatsoberhäupter. Eine Freundschaft braucht Beständigkeit, die ist in der Politik aber nicht gegeben. Eine Beziehung wird brüchig, wenn sie von der Tagesaktualität bestimmt wird. Lange galten die USA als guter Freund der Bundesrepublik.

Heute, unter Präsident Donald Trump, sieht das anders aus.

Das bedeutet nicht, dass die Freundschaft keinen Nutzen auf der großen Bühne der Weltpolitik hat. Sie ist das Schmiermittel der Diplomatie, denn sie appelliert an die gemeinsame Verantwortung, zur Kooperation und Solidarität.

Sie legt fest, wem zu vertrauen ist und wem nicht. Umso schmerzhafter ist es, wenn der Freund einen hintergeht. Als Bundeskanzlerin Angela Merkel von den US-amerikanischen Lauschangriffen auf ihr Handy unterrichtet wurde, stellte sie klar: „Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht.“ Hätte Merkel dieselben Worte für Russland oder die Türkei gewählt?

Die Freundschaft braucht Pflege und immer wieder das gegenseitige Bekennen zu ihr. Sie ist mehr Akt als Zustand. Diesen Akt können Handelsverträge und Händeschütteln allein nicht bewerkstelligen. Dazu braucht es mehr. Richtige Völkerfreundschaft – im Gegensatz zu der staatlich verordneten, die der Sowjetkommunismus predigte – soll sich nicht an der Politik, sondern an den Völkern orientieren, den Menschen. Regierungen kommen und gehen und spiegeln nie eine gesamte Nation wider. Sie sind eine Momentaufnahme eines Ortes, eine Skizze. Sie können ihre Unterschrift unter eine Freundschaft setzen, sollen aber nicht die Bedingungen dieser diktieren. Völkerfreundschaft braucht ein Band, das nicht von nationalistischen Interessen zerrissen werden kann. Sind die diplomatischen Scharmützel zwischen Berlin und Ankara wirklich das richtige Messinstrument, um zu definieren, wie es um die deutsch-türkische Freundschaft bestellt ist? Ist das immer noch überwiegend harmonische Miteinander beider Bevölkerungsgruppen kein besserer Richtwert für die gemeinsame Zukunft?

Völkerfreundschaft braucht eine stabilere Grundlage als die Politik. Im Zuge des Zweiten Weltkriegs wurde sie aus der Not geboren, heute sollte sie genau die verhindern. Dazu braucht es keine 39 hellblau schimmernden Stockwerke in New York, sondern offene Herzen.

— Liebe Leserinnen, liebe Leser, die Kolumne „Einspruch“ entfällt an diesem Sonntag. Sie finden sie am kommenden Sonntag wieder am gewohnten Ort.